

# Exportwettlauf in die Armutsfalle: Das Wachstumswunder und seine Folgen für die soziale Lage und das politische Bewusstsein in Nordrhein-Westfalen

Prof. Albrecht Goeschel  
Akademie und Institut für Sozialforschung  
Tenno am Gardasee



Prof. Albrecht Goeschel

## 1. Das „Wunder“ – ein ganz normaler Fall von Arbeitsmarkt

Vor einem Jahr wurde das erste Soziale Forum des VdK Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf unter dem Motto „Lebenslügen“ veranstaltet. Wie „Lebenslügen“ in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gemacht werden, kann man derzeit beim Thema „Wachstumswunder“ studieren.

Es sind teilweise die selben Wirtschaftsjournalisten und Gutachtenautoren, die noch bis vor ganz kurzer Zeit Deutschland in Grund und Boden geredet, gerechnet und geschrieben haben und die noch bis vor ganz kurzer Zeit Deutschland zum „Sanierungsfall“ gemobbt haben – die sich jetzt aber, seit ein paar Monaten, fast überschlagen vor Begeisterung über das Deutschland als „Wachstumsmärchen“<sup>1)</sup> und die das hohe Lied singen vom „Deutschen Wachstumswunder“<sup>2)</sup>. Besondere Freude macht diesen Experten dabei der Umstand, dass es die Zunahme der Zeitarbeit ist, die auch die Inlandsnachfrage wieder etwas auf die Beine bringt.<sup>3)</sup>

Und damit ist man dann auch schon beim Kern der Sache und beim Sinn der Krise: Mehr Beschäftigung, mehr Lohneinkommen und mehr Inlandskaufkraft erlaubt sich der Exportboom nur dann, wenn diese Beschäftigung schön flexibel ist und notfalls gleich wieder abgeschafft werden kann. Die Presse beschreibt die Sache, wie sie ist: *„Die Zeitarbeit boomt, weil die Firmen momentane Auftragsspitzen mit Leiharbeitern auffangen, die sie schnell wieder entlassen können, wenn es weniger Aufträge gibt.“*<sup>4)</sup>

Für Ältere, Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose gibt das „Wunder“ nichts her. Nach Jahren der Automatisierung in den Betrieben und Jobverlagerung in Billigländer fehlen die einfachen Tätigkeiten oder die Löhne sind zu niedrig, um davon leben zu können.

1) Finke, Björn: Deutschland, ein Wachstumsmärchen. In: Süddeutsche Zeitung, 14.02.2007

2) Beise/Finke: Das deutsche Wachstumswunder. In: Süddeutsche Zeitung, 11.05.2007

3) Finke, Björn: Der Aufschwung gewinnt an Tempo. In: Süddeutsche Zeitung, 14./15.04.2007

4) Haas, Sibylle: Aufschwung bringt neuen Stellenrekord. In: Süddeutsche Zeitung, 21.02.2007 und Neubacher/Reuter: Moderne Tagelöhner. In: Der Spiegel, 49/2006, S. 88 ff.

5) Ritzer, Uwe: Aufschwung – nicht für alle. In: Süddeutsche Zeitung, 03.05.2007

6) Bovensiepen, Nina: Glos hofft auf Job-Wunder. In: Süddeutsche Zeitung, 23.03.2007

Ein neuer minderer Arbeitnehmer-Typus entsteht: Der oder die Aufstocker, bei dem der Mini-Lohn mit Hartz IV-Geld „aufgestockt“ werden muß.<sup>5)</sup> Für diesen Arbeitnehmer-Typus plant der Bundeswirtschaftsminister gerade eine „Arbeitspflicht“<sup>6)</sup>

Wie man also sieht: Das Wunder ist gar keines. Das Wunder ist nur ein neuer Normalfall von Arbeit als Ware. Jede Krise ist nicht jedermanns Krise – aber nach jeder Krise kann man die Opfer besichtigen. Das hat die Wirtschaftspresse auch gleich gemacht. Dort findet man unter der Überschrift „Deutsches Wachstumswunder“ die Opferbilanz. (Übersicht 1)

**Übersicht 1: Verlierer und Gewinner des „Deutschen Wachstumswunders“ 2007**

<u>Verlierer</u>	<u>Gewinner</u>
<p><b>Arbeitslose</b> Selbst Gutqualifizierte müssen bei neuen Jobs schlechtere Bezahlung, Befristung oder Zeitarbeit akzeptieren</p>	<p><b>Unternehmen</b> Vor allem börsennotierte Konzerne infolge Exportboom und Steuersenkung</p>
<p><b>Ältere und Geringqualifizierte</b> Ältere und Geringqualifizierte haben weiterhin schlechte Jobchancen</p>	<p><b>Staat</b> Abbau der mit Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener verbundenen Defizite</p>
<p><b>Arbeitnehmer</b> Beschäftigte in zahlreichen Großunternehmen werden ausgelagert</p>	<p><b>Vermögende</b> Noch kleiner gewordene Schicht der Aktien- und Aktienfondsbesitzer profitiert von Kurssteigerungen</p>
<p><b>Familien</b> Bei gesunkenen Reallöhnen zusätzliche Belastung durch Mehrwertsteuererhöhung, Gebührenerhöhung und Energiepreiserhöhung</p>	<p><b>Arbeitnehmer</b> In einigen privilegierten Branchen wie bspw. Metall- und Elektroindustrie kommt es zu Lohnsteigerungen. Gutqualifizierte Jüngere haben bessere Jobchancen</p>

Nach: Beise/Finke „Das deutsche Wachstumswunder“. In: Süddeutsche Zeitung, München, 11.05.2007

5) Ritzer, Uwe: Aufschwung – nicht für alle. In: Süddeutsche Zeitung, 03.05.2007

6) Bovensiepen, Nina: Glos hofft auf Job-Wunder. In: Süddeutsche Zeitung, 23.03.2007

In einem sind sich interessanterweise die im übrigen ziemlich zerstrittenen und verfeindeten „Experten“ bei der „Erklärung“ der Krise und ihres Endes einig:

In Deutschland habe das politisch-ökonomische System geradezu fundamentalistisch allein auf den Export als Hebel für Wachstum, sprich: für Gewinne und Bereicherung gesetzt. Dabei sei es dann zu einer Auslagerung von Industrierleistungen ins Ausland, zu Produktivitätsrekorden, zu einer Dauerstagnation der Löhne und zu einer Zerfledderung der Arbeitsverhältnisse gekommen.<sup>7)</sup>

## 2. Exportdiktat und Wirtschaftswachstum

Gute Europa- und Weltkonjunktur vorausgesetzt können bei dieser Konstellation die Unternehmen satte Gewinne machen – während es „Deutschland“ weiter schlecht geht. Zu dieser Erkenntnis sind mittlerweile auch ausgewiesene „Globalisierungsfreunde“ gelangt: Der Prognos-Globalisierungsreport weist ausdrücklich darauf hin, dass ein dauerhafter Exportüberschuss Inlandskonsum verhindert: *„Werden dauerhafte Außenhandelsüberschüsse aufgebaut und auch langfristig nicht zurückgeführt, bedeutet dies nichts anderes, als dass man dem Ausland einen Kredit gewährt, der nicht zurückgezahlt werden muss. Man verzichtet dauerhaft auf eigenen Konsum und transferiert dauernd Einkommen in das Ausland. Dies kann für Deutschland durchaus zu einem relevanten Fall werden: Gemäß dem aktuellen Prognos-Deutschland Report wird der Außenbeitrag, also der Saldo von Exporten und Importen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, bis zum Jahr 2030 auf 6 Prozent ansteigen.“*<sup>8)</sup>

Betroffen ist neben dem Inlandskonsum durch eine einseitige Exportorientierung auch die Industriebeschäftigung. So haben zwischen 1995 und 2000 zwar die vom Export abhängigen Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe zugenommen. Insgesamt haben aber im verarbeitenden Gewerbe die Arbeitsplätze abgenommen, d.h. mehr Industriebeschäftigte waren für das Ausland, aber weniger insgesamt und damit für das Inland tätig.<sup>9)</sup>

---

7) Horn, Gustav, H.: Sparwut und Sozialabbau - Die deutsche Krankheit, München 2005 S. 116 ff. bis S. 126 ff. und Sinn, Hans-Werner : Pathologischer Exportboom. In: Süddeutsche Zeitung, München, 03.05.2005

8) Prognos AG: Globalisierungsreport – Die internationale Vernetzung der deutschen Industrie, Basel, 23.01.2007

9) Ebda., S. 48 und Horn, a.a.O., S. 126 ff.

Unter dem Exportdiktat wurde aber nicht nur für das Inland weniger, sondern unter maßlosem Druck auch anders produziert. Die klassischen Betriebe haben sich längst in regional, national und funktional weitverstreute Profitcenter aufgelöst, die auch untereinander in Konkurrenz liegen. Das klassische industriell-gewerbliche Normalarbeitsverhältnis ist in Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Scheinselbständigkeit etc. zerfleddert, die Sozialsicherung und Armenhilfe sind „kombiniert“, die Familien werden flexibilisiert und arbeitsmarktgerecht aufbereitet.

Insbesondere die an die Lohnarbeit anknüpfende Sozialsicherung, die Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung geraten dadurch in die bekannten Schwierigkeiten. So ist zwar das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland seit 1995 steil angestiegen. Gleichzeitig sind aber unter dem Diktat der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ und der publizistisch geschürten Globalisierungsangst vor allem seit dem Jahr 2000 die Bruttolöhne und Bruttogehälter und die Grundlohnsumme als Basis der Sozialversicherungsbeiträge nach rechts weggebrochen. (Grafik 1)

Erst seit kurzer Zeit wird auch diskutiert, dass mit der exportexzessiven Verschiebung großer Teile der Wertschöpfung der deutschen Wirtschaft vor allem in das europäische, d.h. ins EU-Ausland und dem damit verbundenen Verlust an Inlandsverbrauch auch das Mehrwertsteueraufkommen eingebrochen ist.<sup>10)</sup>

### **3. Fiskalische Kosten der Exportorientierung**

Wie man aus Grafik 2 erkennen kann, ist der Exportüberschuss der deutschen Wirtschaft von rund 60 Milliarden Euro im Jahre 2000 auf reichlich 160 Milliarden Euro im Jahre 2005, also um rund 270 Prozent hochgeschossen. Für das Jahr 2006 wird ein noch höherer Exportüberschuss berichtet und für die Zukunft wird mit einem jährlichen Exportwachstum von 5 Prozent und damit c.p. weiter wachsenden Exportüberschüssen gerechnet.<sup>11)</sup>

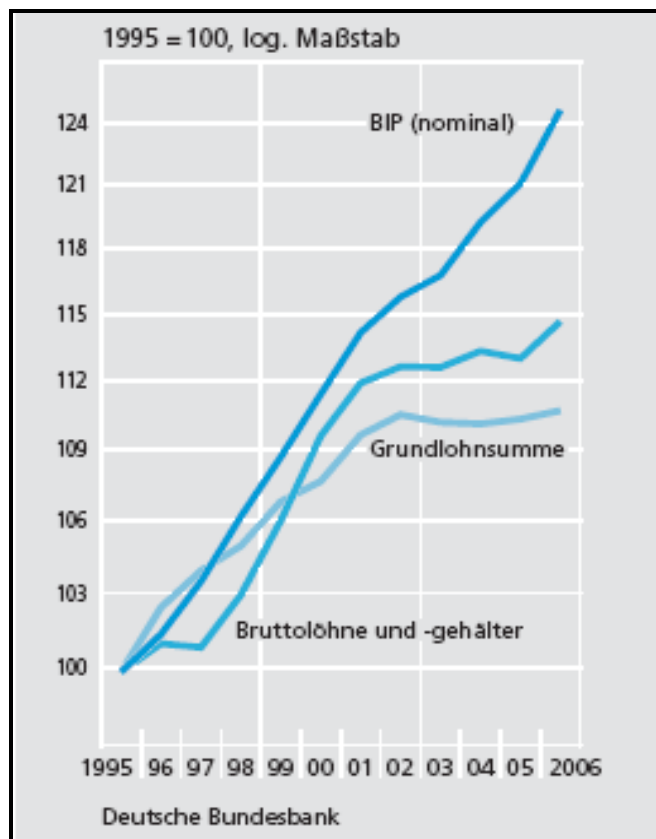
Gleichzeitig erkennt man aus Grafik 3 die Negativfolgen dieses Exportexzesses für das Steueraufkommen: Auch die Mehrwertsteuer ist ebenso wie die Lohn- und Gehaltseinkommen nach rechts weggesackt. Forciert wird dieses exportbedingte Wegsacken des Mehrwertsteueraufkommens zugleich durch die Zusammensetzung des inländischen Verbrauchs.

---

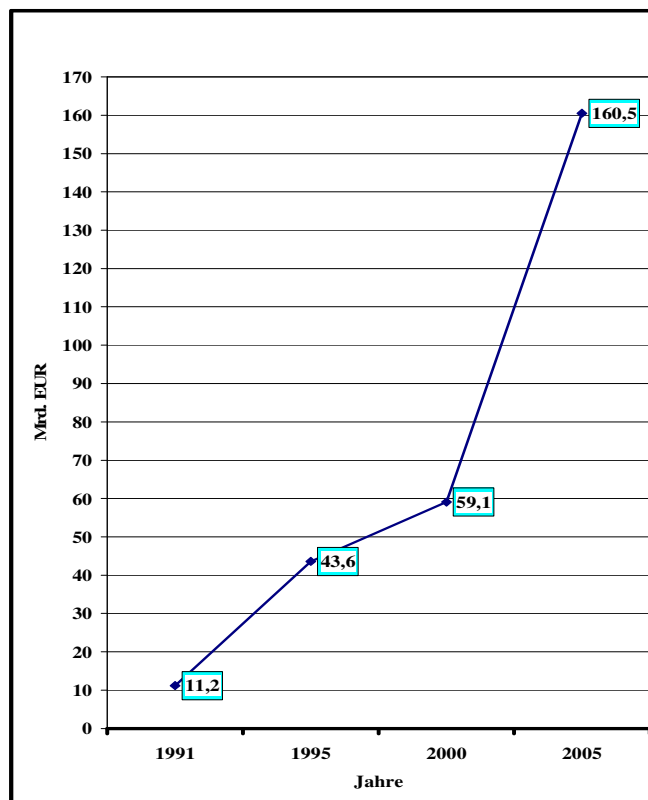
10) Goeschel, Albrecht: Export-Terror gegen den Sozialstaat: Wirtschaftskonzept des Politischen Systems zerstört Soziale Ordnung in Deutschland. In: Gesundheitspolitik, 3/2007, S. 69-72

11) Prognos-AG: Prognos-Globalisierungsreport 2015: Deutsche Exportquote steigt auf 44 Prozent, Basel/Berlin, 23.01.2007

**Grafik 1: Bruttoinlandsprodukt, Bruttolöhne u. Grundlohnsumme 1995-2006**

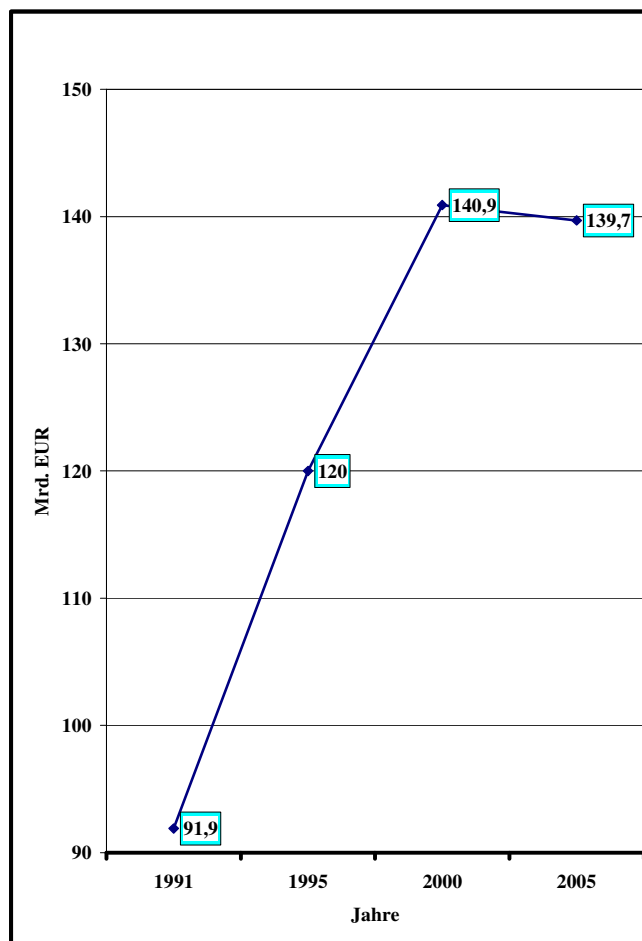


**Grafik 2: Exportexzeß\* in Deutschland 1991-2005**



Grafik: Markus Steinmetz \* Ausfuhrüberschuss  
Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 2006, Köln 2006.

**Grafik 3: Umsatzsteuerstagnation in Deutschland 1991-2005**



Grafik: Markus Steinmetz

Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 2006, Köln 2006.

Der verstärkte Import von Billigkonsumgütern, der den stagnierenden Masseneinkommen entspricht, verändert selbstverständlich den Wert des gesamten Inlandsverbrauchs: Der Konsum von minderwertigen Billigprodukten verringert ebenfalls das Mehrwertsteueraufkommen.

#### **4. Staatsfinanzierung aus den Sozialtransfers**

Diese fiskalischen Kosten des Exportexzesses sind es auch, auf die das Politische System in Deutschland mit einer geradezu fanatischen Politik der Liberalisierung und Privatisierung von Riester-Rente über Krankenhaus-, Hochschul- und Bahnprivatisierung bis Privatisierung von Wohnungswesen und Wasserversorgung reagiert.

Jeder privatisierte Bereich, erinnert sei an die Verkaufserlöse im Telekommunikationsbereich, verschafft dem Politischen System zunächst Veräußerungs- und dann Besteuerungseinnahmen. Vor allem aber schafft eine Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung des Sozial- und Gesundheitsbereiches eine

Riesenbranche, in der das Politische System durch den Verzicht auf Sozialausgleich Zuschüsse sparen und durch den Aufbau einer Besteuerung Abgaben einnehmen kann.

Mittlerweile finanziert sich das Politische System, während es zugunsten von Großunternehmen auf Steuereinnahmen verzichtet, bereits ganz erheblich aus dem Sozialversicherungssystem selbst. Zunächst einmal sind hier die sogenannten „Versicherungsfremden Leistungen“ zu nennen. Hier lässt das Politische System staatliche Aufgaben durch die Sozialversicherungssysteme erledigen und aus Beitragsmitteln finanzieren: Umfang derzeit 65-70 Milliarden Euro jährlich. (Übersicht 2)

Vor allem aber finanziert sich das Politische System aus einer Quelle, die es ansonsten tagein und tagaus und früh und mittags und abends als „Kosten“ denunziert: Das Politische System finanziert sich mit 80 bis 110 Milliarden Euro, je nach Berechnung, aus der Mehrwertsteuerabschöpfung der Sozialeinkommen bzw. der damit gedeckten Verbrauchsausgaben. (Übersicht 3)

Nach der neuesten Gesundheitsreform verschafft sich das Politische System mit der Kommerzialisierung und der Privatisierung der Gesundheitsversorgung eine weitere Quelle für Steuereinnahmen aus dem Sozialbereich. Die Vollbesteuerung von Arzneimitteln ist hier wohl die Richtschnur. So wird der Exportterror nicht nur gegen die europäischen Nachbarn sondern auch gegen die deutsche Bevölkerung selbst praktiziert.

**Übersicht 2: Finanzierung von Staatsaufgaben aus der Sozialversicherung in Deutschland 2005**

<b>Sozialversicherungen</b>	<b>Staatsaufgaben Mrd. EUR</b>
Gesetzliche Krankenversicherung <sup>1)</sup>	45
Soziale Pflegeversicherung <sup>2)</sup>	5
Arbeitslosenversicherung <sup>3)</sup>	19
Gesetzliche Rentenversicherung <sup>4)</sup>	60 -70
<b>Aufwendungen zugunsten des Bundes</b>	<b>+ ca. 130</b>
<b>Erstattungen seitens des Bundes</b>	<b>- 60,4 bis 62,1</b>
<b>Finanzierung von Staatsaufgaben durch die Sozialversicherungen</b>	<b>65 bis 70</b>

1) U.a. Leistungen für mitversicherte Familienangehörige

2) U.a. Leistungen für mitversicherte Familienangehörige

3) U.a. aktive Arbeitsmarktförderung

4) U.a. West-Ost-Transfer

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Jahresgutachten 2005/2006, Wiesbaden 2005, S. 377.



**Übersicht 3: Mehrwertsteuer-Abschöpfung der Sozialeinkommen  
in Deutschland 2003**

<b>Mehrwertsteuer</b>	<b>Einkommen</b>	<b>Besteuerung</b>
<b>Sozialeinkommen</b>	<b>Mrd. EUR</b>	<b>Mrd. EUR <sup>2)</sup></b>
Einkommens- leistungen	472,6	75,6
Sachleistungen <sup>1)</sup>	198,3	31,7
<b>Zusammen</b>	<b>670,9</b>	<b>107,3</b>

1) Ersparte Verausgabungen vor allem für Gesundheitsdienste und –güter zugunsten anderer Konsumausgaben

2) Bei angenommener voller Verwendung der Sozialeinkommen für Konsumausgaben und durchgängiger Besteuerung mit dem vollen Steuersatz

Quelle: Eigene Berechnungen und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2006, Bonn Juni 2006.

Nachfolgend ist nur eine kleine Liste derjenigen Regelungen zusammengeschraubt, mit denen das sogenannte GKV Wettbewerbsstärkungsgesetz (WSG) das korporatistische Gesundheitswesen in eine kommerzielle Gesundheitsbranche und damit in ein monumentales Besteuerungsobjekt umbaut. (Übersicht 4)

Vor allem durch seine fiskalischen Negativ-Wirkungen ist der vom Politischen System favorisierte Exportexzess zum Hauptfaktor für das Anwachsen von Armut, Krankheit, Bildungsmangel und einen generellen Umbau der Gesellschaft in Deutschland geworden bis hin zur Zerstörung der Siedlungs- und Raumstrukturen und der Deklarierung von Verliererregionen. Vor allem bleiben davon die Familien, jetzt: Bedarfsgemeinschaften und selbst die Beziehungen nicht verschont: Flexibilität, Mobilität, Austauschbarkeit, gerne getarnt als Familienförderung, Geschlechtergleichstellung, Vielfältigkeit etc. sind gefordert. Zugleich aber erwägt das Bundeswirtschaftsministerium Arbeitspflicht und herrscht im Hartz IV-Bereich Stallpflicht für Volljährige.

„Vor allem durch seine fiskalischen Negativ-Wirkungen ist der vom Politischen System favorisierte Exportexzess zum Hauptfaktor für das Anwachsen von Armut, Krankheit, Bildungsmangel und einen generellen Umbau der Gesellschaft in Deutschland geworden.“

## **5. Verunsicherung und Vertrauensverlust durch die Politik der „Reformen“**

Am allerwenigsten aber gehen diese Entwicklungen an den Mentalitäten vorüber. Hier soll jetzt nicht moralisierend von der neuen Kaste der Unanständigen, der Unternehmensveräußerer, der Massenentlassungsgewinnler, der Steuerverschieber und der anderen zahlreichen Varianten der Untreueverdächtigen die Rede sein.

Es wird hier auf den schlichten Sachverhalt hingewiesen, dass der Import von Billigprodukten als Gegenstück zum Export von Hochwertprodukten, die unter „Lohnverzicht“, d.h. Einkommensverzicht hergestellt worden sind, auch im Konsumentenbewusstsein und Konsumverhalten Folgen hat: „Geiz ist geil“ ist die hochpräzise Selbstgefühlformel für diese Konstellation. Während aber massenhaft die „Schnäppchen-jagd“ zum Erlebenshabitus mit Suchtqualität wird, propagieren die Freunde des Exports gleichzeitig die „Wissensgesellschaft“<sup>12)</sup> und als Voraussetzung für einen noch weiter steigenden Export Sekundärtugenden wie „*Fleiß, Beharrlichkeit, Verlässlichkeit und Präzision*“ – vor allem aber „*Kreativität*“.<sup>13)</sup>

12) Walter, Franz: Die neue Ungleichzeitigkeit. In: Süddeutsche Zeitung, 20.09.2005

13) Prognos AG: Prognos Globalisierungsreport 2015. Medienmitteilung, Basel/Berlin 23.01.2007

#### **Übersicht 4: Erschließung der Gesundheitswirtschaft als Besteuerungsobjekt durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz**

- **Einheitsbeitragssatz als Gesundheitssteuer**
- **Zinserträge des Sondervermögens „Gesundheitsfonds“ als Ersparnis von Steuerzuschüssen**
- **Aufteilung der Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung in soziale Grundleistungen und private Zusatzleistungen**
- **Anordnung oder Eingliederung dienstleistender und steuerpflichtiger Einrichtungen für alle Leistungsanbieter und Kostenträger (Telematik, Qualitätskontrolle, Regionalindikatoren, Service)**
- **Differenzierte umsatzsteuerliche Bewertung bisher umsatzsteuerbefreiter Leistungen**
- **Etc.**

Gerade für die Entwicklung und Entfaltung von Kreativität sind aber die weiter steigenden Verunsicherungszumutungen und der weiter zunehmende Angstdruck, die von der Drohkulisse der „Globalisierung“ einerseits und den sogenannten „Reformen“ andererseits ausgehen, geradezu Gift. Der dramatische Anstieg der psychischen Erkrankungen in Deutschland in den zurückliegenden Jahren<sup>14)</sup> zeigt, dass hier offenbar die Grenze der mentalen Belastbarkeit längst überschritten ist.

Dabei besteht der Eindruck, dass die vom Politischen System ausgelöste Kinderarmut, hingenommene Bildungsunterschicht und geschaffene Klasse der „Überflüssigen“<sup>15)</sup> im Zusammenhang der qualifikatorischen Sicherung der „Internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ schon gar nicht mehr interessiert. Sie werden allenfalls noch als Kostenballast registriert und entsprechend minimal alimentiert. Ausgeprägter ist die Sensibilität des Politischen Systems gegenüber denen, von denen angenommen wird, dass sie gebraucht werden und nicht umstandslos durch Zuwanderungserleichterung, sprich: Fachkräfteimporte ersetzt werden können:

14) Rebscher, Herbert: Ökonomisches Wachstum nur bei Depressionen und Angststörungen? Die psychischen Folgen und die wirtschaftlichen Kosten einer Politik der Verunsicherung.

In: Sozialverband VdK-Bayern (Hrsg.): Soziale Verunsicherung ohne Ende? München 2006 S. 42 ff.

15) Vgl. Martens, Rudolf: Kinderarmut und Bildungsunterschicht: Sozialpolitische und bildungspolitische Gefährdungen der Alterssicherung. Vortrag beim VdK-Forum Tutzing „Die demografische Täuschung: Bevölkerungswandel als Vorwand für eine Politik der Verarmung“, Tutzing, 22.03.2007 sowie Walter, Franz:A.a.O.

Die zur Bildung von Sozialkapital fähigen Familien, die Qualifizierten, die Leistungsträger etc. Nachdem sich aber auch

hier, in den entsprechenden Einkommensgruppen mit Ausnahme der höchsten die Verarmung nach oben gefressen hat<sup>16)</sup> gerät das Politische System an Legitimitäts- und Loyalitätsgrenzen. Mit dem angesichts der gleichzeitigen Globalisierungspropaganda eigentlich absurden Appell an die „Eigenverantwortung“ der Bürger,<sup>17)</sup> vernutzt auch hier das Politische System seine eigenen Voraussetzungen und die Voraussetzungen weiteren Wachstums:

Sicherlich trifft bei jenen Geburtsjahrgängen in der deutschen Bevölkerung, die im Zuge der sozialstaatlichen Bildungsexpansion des letzten Drittels des vergangenen Jahrhunderts die existenzielle Erfahrung „individueller“ Aufstiege und Problemlösungen gemacht haben<sup>18)</sup>, die Eigenverantwortungs-Parole auf passende Einstellungen und Verhaltensweisen. Allerdings verkehrt die vom Politischen System gemeinte „Eigenverantwortung“ mit ihrem Ziel, den Sozialstaat abzubauen, die erlebte „Eigenverantwortung“ als Ergebnis sozialstaatlichen Auf- und Ausbaus in ihr Gegenteil. Der Soziologe Ulrich Beck beschreibt, wie dies funktioniert: *„Warum bleibt es trotz dieser tiefen Einschnitte bislang relativ ruhig – jedenfalls in den alten Bundesländern? – Ein Grund ist die Individualisierung: Jeder denkt, er schafft es. 5 Millionen Arbeitslose - ja, aber nicht ich! Rentenkrise? Ich packe das“*.<sup>19)</sup>

Ob und wie lange dieser verdeckte Missbrauch der Erfolge des Sozialstaats zu seiner Zerstörung ungefühlt und unerkant bleibt, ist unsicher. Der steile Anstieg der psychischen Erkrankungen gerade in den Wohngebieten der sogenannten Modernisierungsgewinnler<sup>20)</sup> spricht ebenso wie die Rebellion der Bildungsschichten in Bayern gegen den dort extremen Selektionsdruck des Schulsystems<sup>21)</sup> für wachsende Legitimitäts- und Loyalitätsdefizite des Politischen Systems. Die gesellschaftliche Grundstimmung in Deutschland ist dementsprechend geprägt durch Verunsicherung und Spaltung. (Übersicht 5)

---

16) Vgl. Martens, Rudolf: Kein Spielraum für die Politik. In: Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Hrsg.): Auf den Punkt gebracht. Berlin, April 2007, S. 65

17) Vgl. Nullmeier, Frank: Eigenverantwortung und Globalisierung Vortrag beim Sozialen Forum NRW. Düsseldorf, 24.11.2006

18) Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (Hrsg.): Neue Flexibilität oder blockierte Gesellschaft: Sozialstruktur und Lebensverläufe in Deutschland 1960-2000, Max-Planck-Gesellschaft 2003

19) Vgl. Beck, Ulrich: Die Gesellschaft des Weniger. In: Süddeutsche Zeitung, 03.02.2005

## Übersicht 5: Gesellschaftliche Grundstimmung in Deutschland 2006: Verunsicherung und Spaltung

	Prozent der Befragten *
Gesellschaftliche Änderung macht Angst	63
Keine Mitte mehr - Nur noch oben und unten	61
Leben als ständiger Kampf	46
Vom Staat allein gelassen	44
Generell verunsichert	15
Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung und ins Abseits abgeschoben	14

\*) 3021 deutsche Befragte ab 18 Jahren

Quelle: Friedrich –Ebert-Stiftung und TNS-Infra-Test Sozialforschung „Gesellschaft im Reformprozess“, Berlin, Juli 2006

### 6. Hartnäckige Anhänger des Sozialstaates in der Mehrheit

Zwischen die Rhetorik des Politischen Systems mit seinen in die Ausweglosigkeit treibenden paradoxen Parolen von der „Wissensgesellschaft“ bei gleichzeitiger Sparpolitik im Bildungsbe-  
reich oder von der „Eigenverantwortung“ bei gleichzeitiger Öff-  
nung des Landes für anonyme Investoren und die Wahrneh-  
mungen, die Einstellungen und den Gemüts-zustand der Indivi-  
duen schieben sich bestimmte Typen und Milieus der „Verarbei-  
tung“ der politisch-ökonomischen Rahmen-bedingungen, der  
kollektiven Lebenslagen und Lebensläufe und der individuellen  
Biografien, Familienkonstellationen etc.

20) Vgl. Studiengruppe für Sozialforschung e.V. (Hrsg.): Männergesundheitsbericht Bayern, Mar-  
quartstein, Juni 2007, S. 28

21) Vgl. Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern e.V. (Hrsg.): Erste Ergebnisse der LEV-  
Umfrage 2007, München, 20.03.2007

Sozusagen als bewusstseinspolitisches Ergebnis des Reform-  
 terrors der zurückliegenden Jahre wurden vor allem unter-  
 schiedliche Verlierer- bzw. Opfertypen als neue politische Ein-  
 stellungen geschaffen: Bedrohte Arbeitnehmermitte, Autoritäts-  
 orientierte Geringqualifizierte und Abgehängtes Prekariat. Als  
 Gegenbild haben sich die Gewinner- bzw. Tätertypen etabliert:  
 Die Leistungsindividualisten, die Etablierten Leistungsträger und  
 teilweise die Zufriedenen Aufsteiger. Dazwischen und somit po-  
 litisch entscheidend sind politische Typen, die ihre Existenz teil-  
 weise dem Sozialstaat selbst verdanken: die Kritischen Bil-  
 dungseliten und das Engagierte Bürgertum. (Übersicht 6)

### Übersicht 6: Politische Typen in Deutschland 2006

Prozent der Befragten		
Bedrohte Arbeitnehmermitte	16	(Ost: 18)
Etablierte Leistungsträger	15	(Ost: 7)
Zufriedene Aufsteiger	13	(Ost: 10)
Leistungsindividualisten	11	(Ost: 15)
Selbstgenügsame Traditionalis- ten	11	(Ost: 10)
Engagiertes Bürgertum	10	(Ost: 6)
Kritische Bildungseliten	9	(Ost: 8)
Autoritätsorientierte Geringqualifizierte	7	(Ost: 5)
Abgehängtes Prekariat	8	(Ost: 25)

\*) 3021 deutsche Befragte ab 18 Jahren

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung und TNS-Infra-Test Sozialforschung „Gesellschaft im Reformprozess“,  
 Berlin, Juli 2006

Betrachtet man diese im Zuge des gesellschaftlichen Umbaus der letzten Jahre geschaffenen politischen Typen und ihre gesellschaftlichen Leitbilder im Zusammenhang, ergibt sich ein recht eindeutiges Bild: Das Leitbild einer solidarischen Gesellschaft und eines entsprechend regulierenden Staates wird gleichzeitig, wenn auch politisch nicht gemeinsam, von den kritischen Bildungseliten und vom engagierten Bürgertum, aber auch von der bedrohten Arbeitnehmermitte, den selbstgenügsamen Traditionalisten, den autoritätsorientierten Geringqualifizierten und dem abgehängten Prekariat verfolgt.

Das Gegenbild einer Leistungsgesellschaft, die durch das freie Spiel der Marktkräfte bestimmt wird, verfolgen vor allem die Leistungsindividualisten und die etablierten Leistungsträger. Die zufriedenen Aufsteiger finden sich in beiden Lagern. Leistungsindividualisten, Leistungsträger und Aufsteiger zusammen machen etwa 40 Prozent der Wahlberechtigten aus. Mit ihnen führt das politische System seine semantischen und realen Kampagnen gegen den sozialen Ausgleich und einen verantwortlichen Staat durch. Dieser Teil der Wählerschaft hält sich auch für die Profiteure des Exportexzesses. (Übersicht 7)

„Leistungsindividualisten, Leistungsträger und Aufsteiger zusammen machen etwa 40 Prozent der Wahlberechtigten aus. Dieser Teil der Wählerschaft hält sich auch für die Profiteure des Exportexzesses“

## 7. Wo stehen die Gewerkschaften?

Soweit es die Negativwirkungen einer auf exzessiven Export ausgerichteten Politik in Nordrhein-Westfalen betrifft, ist die dortige Bevölkerung allein auf Grund ihrer großen Zahl und der großen Zahl der Erwerbstätigen von allen Ländern in Deutschland am stärksten betroffen. Dies gilt, obwohl Nordrhein-Westfalen mit seinem Auslandsumsatzanteil erst an sechster Stelle u.a. hinter Hamburg, dem Saarland und Rheinland-Pfalz rangiert. (Übersicht 8) (Karte)

„Es erfordert gerade in einem klassischen Industrieland wie Nordrhein-Westfalen eine erhebliche intellektuelle und mentale Anstrengung, die gesellschaftlichen Kosten des Exportextremismus des politischen Systems unvoreingenommen mit seinem behaupteten Nutzen aufzusalzieren“

Es erfordert gerade in einem klassischen Industrieland wie Nordrhein-Westfalen eine erhebliche intellektuelle und mentale Anstrengung, die gesellschaftlichen Kosten des Exportextremismus des politischen Systems unvoreingenommen mit seinem behaupteten Nutzen aufzusalzieren. Dies fällt gerade auch solchen Gewerkschaften schwer, die vorrangig Arbeitnehmer der exportintensiven Branchen organisieren. Um so mehr ist es die Aufgabe der Sozialverbände, eine breite Diskussion zu diesem Thema in Gang zu setzen.

**Übersicht 7: Solidarität versus Exclusion bei den Politischen Milieus in Deutschland 2006**

<b>Milieus</b>	<b>Leitbilder</b>	<b>Solidarische Gesellschaft/ Regulierender Staat</b>	<b>Leistungsgesellschaft/ Freies Spiel der Kräfte</b>
Besser und hoch Ausgebildete		Kritische Bildungseliten	Leistungsindividualisten
Beruflich Selbstbestimmte		Engagiertes Bürgertum  (Zufriedene Aufsteiger)	Etablierte Leistungsträger
Einfach Ausgebildete		Bedrohte Arbeitnehmermitte	(Zufriedene Aufsteiger)
Beruflich Fremdbestimmte		Selbstgenügsame Traditionalisten  Autoritätsorientierte Geringqualifizierte  Abgehängtes Prekariat	

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung und TNS-Infra-Test Sozialforschung  
„Gesellschaft im Reformprozess“, Berlin, Juli 2006

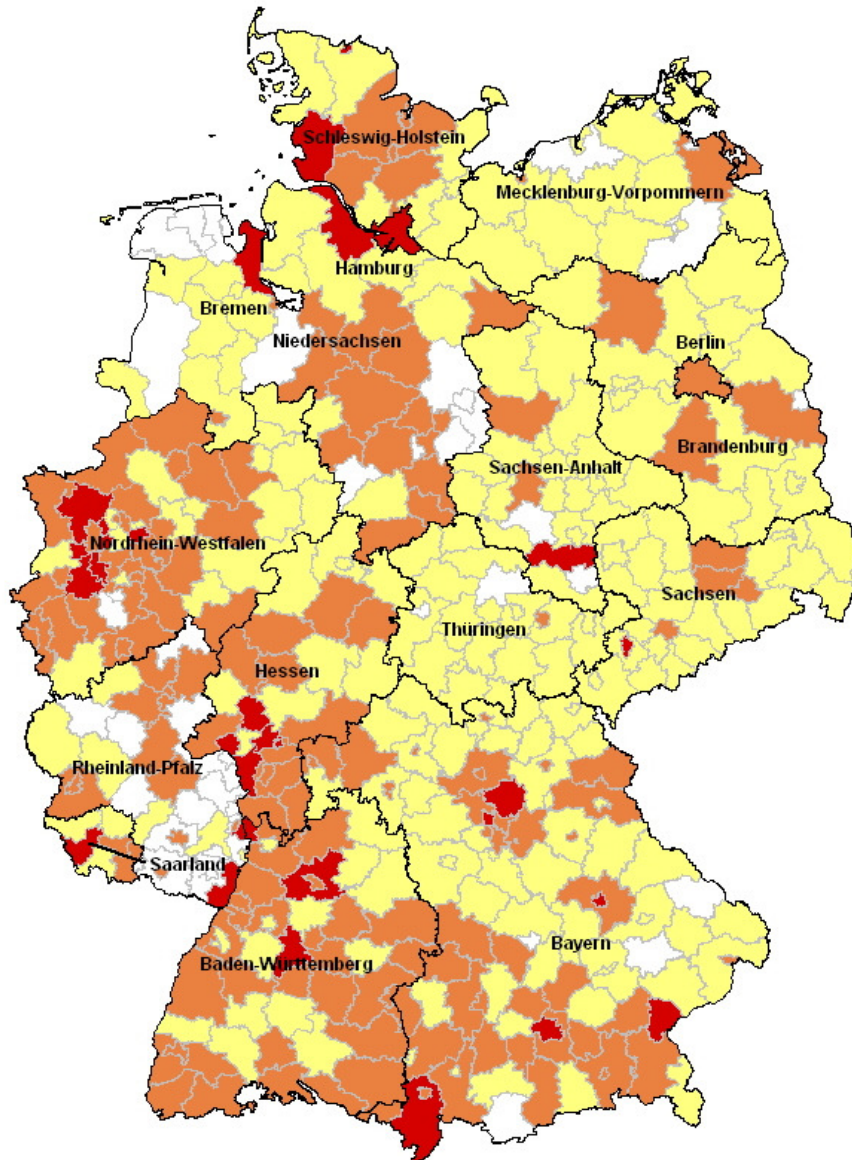


**Übersicht 8: Exportabhängigkeit des Produzierenden Gewerbes nach Ländern in Deutschland 2001/2002**

<b>Export</b>	<b>Durchschnittlicher Auslandsumsatz im Produzierenden Gewerbe 2001-2002</b>
<b>Land</b>	<b>EUR je Beschäftigten</b>
Hamburg	106,2
Saarland	84,5
Baden-Württemberg	81,8
Rheinland-Pfalz	76,5
Bayern	76,3
Nordrhein-Westfalen	75,7
Hessen	70,4
Berlin	68,4
Schleswig-Holstein	66,7
Niedersachsen	48,1
Sachsen	45,9
Sachsen-Anhalt	36,3
Brandenburg	35,4
Mecklenburg- Vorpommern	25,9
Thüringen	24,2
Bremen	keine Angaben
Alle Länder	70,8

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Bonn 2006

## Regionale Exportprägung in Deutschland



Datenquelle:  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2006.

Durchschnittlicher Auslandsumsatz  
im Produzierenden Gewerbe  
in 1.000 Euro je Beschäftigten



©  
Studiengruppe für Sozialforschung e.V.  
Karte  
Dipl.-Geogr. Markus Steinmetz